

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Hermann
Für die Redaktion: H. H. H. H.
Schulstr. 11, Dresden

Verantwortlich: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Hermann
Für die Redaktion: H. H. H. H.
Schulstr. 11, Dresden

Verantwortlich: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Hermann
Für die Redaktion: H. H. H. H.
Schulstr. 11, Dresden

Ueberraschende Wendungen in Oesterreich

Mehrheit gegen die Regierung und Lausanne

Wien, 19. August. Im oesterreichischen Parlament gehen ernsthafte Krisengeruechte um. Der Abgeordnete Binz hat seinen Mandat niedergelegt. Es ist jener Abgeordnete, der für das von den Groddeutschen eingebrachte Misstrauensvotum gegen die Regierung Dollfuß stimmte und dann von den wirtschaftlichen Verbänden, denen er angehört, so unter Druck gesetzt wurde, daß er einen vollständigen Nervenzusammenbruch erlitt, auf Krankheitsurlaub gehen mußte und auch bei der letzten Abstimmung über Lausanne schied. Durch diese Mandatniederlegung rückt an seine Stelle der frühere Sektionschef Schöner Schober.

Es wird mit Bestimmtheit behauptet, daß der neue Mann gegen Lausanne stimmen werde, daß heißt also, daß die Regierung ihre Mehrheit verliert.

Der Bundesrat begann heute vormittag die Beratung über das Lausanner Protokoll. Der Sozialdemokrat R. R. R. R. begründete den Ausbleibanspruch auf Einspruch, weil durch das Lausanner Protokoll die außenpolitische Handlungsfreiheit insbesondere auch hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Gemeinschaft mit Deutschland beeinträchtigt sei.

Der Bundesrat erhob mit 27 Stimmen der Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Groddeutschen und des Gesamtblocks gegen 22 Stimmen der Christlichsozialen und des Landbundes Einspruch gegen das Lausanner Protokoll. Es muß nunmehr an den Nationalrat zurückgehen.

Nach dem Einspruch des Bundesrates muß das Lausanner Protokoll den Weg wieder von vorn antreten, hat dabei aber kaum mehr Aussicht auf Annahme.

Wien, 19. August. Die Angelegenheit des Mandatsverichts des Abgeordneten Binz und dessen telegraphischer

Widerruf führte im Bundesrat zu einer scharfen und sehr beachtlichen Auseinandersetzung zwischen dem Groddeutschen und dem Bundeskanzler Dr. Dollfuß. Der groddeutsche Bundesrat R. R. R. erhob den Vorwurf,

daß sonderbare Methoden angewendet würden, um durch eine Verzögerung der Behandlung des Mandatsverichts Binz eine Stimme für den Lausanner Vertrag zu erhalten.

Die Hauptwahlbehörde habe den Wahlschein für den Nachfolger Binz wohl nach Einschreiten der groddeutschen Vertreter schließlich ausgestellt, doch sei die Zustimmung des zuständigen Innenministers nicht zu erlangen gewesen, da dieser unauffindbar war. Inzwischen hätten aber Bemühungen eingesetzt, Binz zur telegraphischen Zurückziehung des Mandatsverichts zu veranlassen, und auf dieses Telegramm habe man reinergeheilig gewartet. Der Bundeskanzler Dollfuß stellte demgegenüber fest, daß er erst um 11 Uhr vormittags vom Mandatsverzicht Binz Kenntnis erhalten habe, ihm aber schon ohne sein Zutun gegen 2 Uhr mitgeteilt wurde.

Daß ein Telegramm Binz mit der Zurückziehung dieses Mandatsverichts einlaufen werde.

Während der Sitzung habe ihn dann der Direktor des Nationalrats hindrücken lassen und ihm das Telegramm gezeigt. Der hinzutretende groddeutsche Abg. R. R. R. habe dem Nationalratsdirektor das Telegramm aus der Hand genommen, es in die Tasche gesteckt und sei damit weggegangen. Der Bundeskanzler habe, als R. R. R. das Telegramm trotz Aufforderung nicht zurückgab, sofort festgehalten, daß dies die Entwendung eines Dokuments bedeute. Dies sei der Tatbestand, schloß Dollfuß, und er verwahre sich dagegen, daß er in irgendeiner Form auf Nationalrat Binz Einfluss genommen habe, um ihn zur Zurückziehung seines Mandatsverichts zu veranlassen.

Der Nationalrat dürfte morgen über die durch den Einspruch erforderlichen gewordenen Beschlüsse die Entscheidung treffen.

Joffre als Kronzeuge

Durch das Neuter-Interview des Reichskanzlers wurde neuerlich festgestellt, daß für die gegenwärtige Reichsregierung und jede andere, die ihr im Verlaufe der Krise nachfolgen könnte, außenpolitisch die Förderung und Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung das Gebot der Stunde bleibt. Und zwar auf allen Gebieten, in denen der Versailler Vertrag Deutschland zu einem Staat milderer Rechte gemacht hat. Neuerdings wird dabei auch die bisher zurückgestellte koloniale Ausschaltung Deutschlands auf Grund der Kolonialschuldfrage betont. Im Vordergrund steht aber nach wie vor die Gleichberechtigung in der nationalen Sicherheit, die praktisch gleichzusetzen ist mit der Gleichberechtigung in allen Wehrfragen, deren Durchführung auf zweierlei Art möglich ist: entweder durch die Abrüstung der anderen auf den deutschen Stand oder durch Befreiung Deutschlands von den einengenden militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages. Diese Alternative wurde vom Reichswehrminister so deutlich ausgesprochen, daß ein Juristweihen hinter diese Linie für keine nationale Regierung mehr denkbar ist.

Der Widerstand, der gegen solche Forderungen bereits in Lausanne erhoben wurde, hat gezeigt, daß es nicht genügt, diese für Deutschland lebenswichtigen Forderungen zu erheben, um sie auch verwirklicht zu sehen. Die im Wege befindlichen und demnach auf breiterer Basis fortzuführenden Verhandlungen um die Gleichberechtigung müssen vielmehr sorgfältig vorbereitet und durch eine moralische Offensive unterstützt werden, die der vielfach noch in falschen Kriegsvorstellungen befangenen Umwelt klar macht, daß es nicht kriegerische Revanchegedanken sind, die uns bewegen, sondern der gebieterische Drang primitiver Lebensrechte, um die das entwaffnete Deutsche Reich unter einer Flut von Vögen in Versailles betrogen wurde.

Noch eine andere Lehre hat unsere Lausanner Delegation mit nach Hause gebracht: daß im Kampfe um die moralische Rehabilitierung Deutschlands die Kriegsschuldfrage eine große, wenn nicht die entscheidende Rolle spielt. Frankreich hat lieber vermeintliche materielle Opfer in großem Ausmaße gebracht, als in diesem Ehrenpunkt auch nur im geringsten nachzugeben. Die französische Presse ist seitdem unentwegt bemüht, die Kriegsschuldfrage neu zu propagieren und alle Argumente aufzufrischen, die ihr noch einen letzten Halt geben könnten. Um so wichtiger ist es unter diesen Umständen, daß ihr von deutscher Seite aus der letzte Stoß verfehlt wird. Darum dürfen wir einen Kronzeugen nicht übersehen, der sich in diesen Tagen noch aus dem Grabe heraus gemeldet hat, durch die Stimme des französischen Marschalls Joffre, dessen Denkwürdigkeiten gegenwärtig in einer Pariser Zeitschrift, der „Revue des Deux Mondes“, veröffentlicht werden. Ein besonders interessantes Kapitel, das auch außerhalb Frankreichs berechtigtes Aufsehen erregt hat, betrifft „das belgische Problem“. Es handelt sich dabei zwar nicht um die vorbereitenden und eigentlichen Kriegsurkunden, aber doch um einen Punkt, der im ganzen Kriegsschuldkomplex eine große Rolle spielt und durch die Auswertung der feindlichen Propaganda Deutschland den größten Schaden zugefügt hat, nämlich um den Einmarsch in Belgien. Das war ja bekanntlich der Vorwand, unter dem sich England unseren Feinden angeschlossen. Und auch in der Folgezeit blieb die „Vergewaltigung Belgiens“ und dem gegenübergestellt der „Schutz für die kleinen Nationen“, der Kampfruf, mit dem die Entente ihre Kriegsziele idealisierte. Die deutsche Verteilung gegen diesen Vorwurf war von Anfang an schwach geführt durch Bethmanns Eingeständnis eines begangenen Unrechtes und sein unglückliches Wort vom „Reyen Papier“. Zu gleicher Zeit hat aber Bethmann damals einen Satz ausgesprochen, der nicht so beachtet und bald wieder vergessen wurde: „Wir wußten, daß Frankreich zum Einfall in Belgien bereit war. Frankreich konnte warten, wir aber nicht.“

Was das bedeutet hat, wird jetzt durch Joffres Remoiren klar: Sie geben unseren bisherigen Vermutungen Gewißheit. Joffre erzählt nämlich, daß er sich sofort nach seiner Ernennung zum Generalstabschef im Jahre 1912 der belgischen Frage zugewandt habe, um militärische Vorbereitungen gegen den auch von ihm im Kriegsfalle als sicher angenommenen deutschen Einmarsch in Belgien zu treffen. Er führte dabei im Februar 1912 eine Geheimkonferenz herbei, die dieser Frage gewidmet war. Außer ihm nahmen Poincaré als Ministerpräsident sowie der Kriegs- und Marineminister teil. Joffre machte zunächst Mitteilungen über das englische Kriegsheer, das fünfzehn Tage nach der französischen Mobilisierung in Stärke von 125 000 Mann zur Verfügung stehe. Um diese Streitkräfte strategisch wirksam verwenden zu können, schlug er den Ministern eine sofort nach Ausbruch von Feindseligkeiten aufzunehmende Offensive gegen Deutschland durch belgisches Gebiet vor. Joffre fand mit diesem Plan sowohl beim Kriegs- wie auch beim Marineminister ein geneigtes Ohr. Nur Poincaré machte Schwierigkeiten, jedoch nicht aus moralischen Bedenken wegen der von Joffre empfohlenen Verletzung der belgischen Neutralität. Der Ministerpräsident machte vielmehr geltend, daß der Durchmarsch französischer Truppen durch Belgien Schwierigkeiten

Der ehemalige Bundeskanzler Schober †

Wien, 19. August. Am Freitagabend gegen 10 Uhr verstarb in einem Sanatorium in der Nähe von Wien der ehemalige Bundeskanzler und Außenminister Dr. Johannes Schober im Alter von 57 Jahren.

Am Sterbelager wollten seine Gattin, Frau Helene Schober, und der Oberarzt des Sanatoriums, Dr. Rechner, das Bekleidungsstücke hatte sich in den letzten Tagen auffallend gebessert. Er befand sich auch am Freitag sehr wohl und verbrachte die Abendstunden in angeregter Unterhaltung. Gegen 11.30 Uhr klagte er plötzlich über heftiges Unwohlsein. Der Oberarzt wurde sofort gerufen, doch trat gleich nach seinem Eintreffen

ohne eigentlichen Todeskampf, der Tod durch Herzlähmung ein.

Der Tod des ehemaligen Bundeskanzlers Schober — gerade in diesem Augenblicke — ist um so bedeutsamer, als er geizig sein könnte, dem sehr eigenartigen, um nicht zu sagen unübersichtlichen Spiel um die Parlamentsmehrheit für die Regierung Dollfuß und das Lausanner Protokoll ein läches Ende zu bereiten. Wie unlängst der im Abgeordnetenmandat aufrückende Nachfolger des verstorbenen Altbundeskanzlers Seipel der Regierung zu einer Mehrheit verhalf, so wird man auch jetzt versuchen, auf der Gegenseite für den verstorbenen Dr. Schober, der selbst im Sanatorium Gutenbrunn bei Baden (in der Nähe von Wien) an einer schweren Krankheit darniederlag, die Übernahme seines Mandats des Nationalen Wirtschaftsblocks durch seinen Nachfolger zu beschleunigen.

Das wäre eben die eine Stimme, die zur Ablehnung des Lausanner Protokolls im Nationalrat ausreichte.

Dieser Zusammenhang ist um so eigenartiger, als gerade Schober der Vater der dann geschicktesten deutschösterreichischen Koalition gewesen ist. In den Namen Schober ist die Geschichte des neuen Oesterreichs kaum weniger geknüpft, als an den des ihm vorausgegangenen Dr. Seipel, als dessen Gegenspieler man ihn — wenn auch nicht ganz mit Recht — bezeichnet hat.

Johannes Schober wurde am 14. November 1874 zu Perg in Oberösterreich geboren. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften trat er 1898 in den Dienst der Wiener Polizeidirektion. Seit November 1918 war er Vizepräsident und als solcher gleichzeitig mit der Leitung des gesamten Dienstes der öffentlichen Sicherheit betraut. 1920 wurde er von den Christlichsozialen und den Groddeutschen erstmals mit der Kabinettsbildung betraut, gab jedoch den Auftrag wieder zurück. Juni 1921 wurde er erstmals Bundeskanzler und gleichzeitig Außenminister. In diese seine Ämterzeit fiel die Uebergabe des Burgenlandes. Im Januar 1922 führte er über den Vertrag von Lausanne mit der Tschechoslowakei, wurde jedoch gleich wieder zum Bundeskanzler gewählt und übernahm gleichzeitig das Innenministerium. Im Mai 1922 machte er

Seipel im Amt des Bundeskanzlers Platz. Schober widmete sich dann wieder ausschließlich dem Sicherheitsdienst.

Erst als im Jahre 1929 unter dem Druck der Seimewehren der Ruf nach Verfassungsänderung zur Zurückdrängung der Mächtigkeit des Parlaments laut wurde, übernahm Schober



wiederum das Kanzleramt, um eine gemäßigtere Verfassungsreform durchzuführen.

Die Seimewehren, die den Vollzeitsminister während der Juliannalen des Jahre 1927 als Retter Wiens gefeiert hatten, wurden dann später seine erbittertesten Feinde.

Ueber die Frage der Ernennung Straffellas zum Direktor der Bundesbahnen kam es zudem noch zum Bruch zwischen ihm und den Christlichsozialen. Nach der Wahl des Kabinetts Baugoin-Starhemberg übernahm Schober im Kabinett Ende des Vollen des Vizekanzlers und Außenministers, und in dieser Eigenschaft unterzeichnete er anlässlich des Besuchs des Reichsaußenministers Curtius im März 1931 das bekannte Wiener Protokoll. Auch dem ersten Kabinett Buzich, das das Kabinett Enders im Juli 1931 ablöste, gehörte Schober noch als Vizekanzler und Außenminister an. Im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Aktion der deutschösterreichischen Koalition vor dem Obergerichtshof mehrten sich jedoch die Angriffe gegen ihn, und schließlich unerwartet trat er mit dem gesamten Kabinett zurück.